



NRW.INVEST News 2008-01

Zukunftskonzept für das Ruhrgebiet

Der Initiativkreis Ruhrgebiet will mit konkreten Maßnahmen dem Strukturwandel in der Region auf die Sprünge helfen.

Gute Beschäftigungsprognose für NRW

Das Forschungsinstitut für Regional- und Clustermanagement prognostiziert Arbeitsplatzwachstum im Land insbesondere in den Branchen Gesundheitswesen und unternehmensnahe Dienstleistungen.

Duisburg – Stahlstandort mit Zukunft

Trotz Strukturwandel bleibt Duisburg weiterhin Europas Stahlstandort Nummer 1. Die Thyssen Krupp Steel AG nahm im Dezember 2007 einen neuen Hochhofen in Betrieb.

Nordrhein-Westfalens Aufsteiger

Einbrüche in Bergbau und Textilindustrie hatten die Regionen um Aachen und am Niederrhein schwer getroffen. Umstrukturierung und Neuausrichtung bringen diesen Regionen jetzt wirtschaftliche Erfolge.

Wettbewerb der Rechtsformen

2008 tritt das neue GmbH-Gesetz in Kraft. Es soll die Firmengründung stark vereinfachen. Die wichtigsten Neuerungen im Überblick.

NRW.INVEST verstärkt Aktivitäten in Indien

Indische Unternehmen investieren zunehmend im Ausland. Um diese potenziellen Investoren für NRW zu gewinnen, ist NRW.INVEST inzwischen in Mumbai und Pune mit Büros vertreten.

NRW-Gewerbeflächenmarkt im Auftrieb

Der Grundstücksmarktbericht für Nordrhein-Westfalen verzeichnet eine positive Bilanz für Verkauf und Vermietung von Gewerbeflächen und -immobilien.

Ökosteuer – Ungenutzte Sparpotenziale für Unternehmen

Neben steuerbegünstigtem Strom können produzierende Unternehmen sich auch die Ökosteuer für Heizöl, Erd- und Flüssiggas erstatten lassen. Dafür gilt es, einige Voraussetzungen zu beachten.



Bürokratieabbau in Ostwestfalen-Lippe zeigt Wirkung

Die Ergebnisse einer bundesweiten Unternehmensbefragung des Instituts der Wirtschaft zeigen, dass die Verwaltungen in Ostwestfalen-Lippe (OWL) deutlich besser bewertet werden als im Bundesdurchschnitt. Zudem ergibt eine Messung nach dem Standardkostenmodell, dass die Unternehmen in OWL allein durch fünf umgesetzte Vorschläge aus der Region um über sechs Millionen Euro jährlich entlastet werden. Seit 2002 arbeitet die OWL Marketing GmbH mit der Initiative „Wirtschaftsnahe Verwaltung“ daran, die Wirtschaft durch den Abbau von Überregulierungen und die Optimierung der Behördenleistungen zu entlasten.

45 ausgewählte Orte im Land der Ideen 2008

Im Rahmen des Wettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“ wählte eine renommierte Jury aus Wirtschaft, Forschung und Kultur insgesamt 45 Orte aus Nordrhein-Westfalen aus. Die 45 nordrhein-westfälischen Bewerber setzten sich gegen 1.500 Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet durch. Nach Baden-Württemberg erzielte NRW damit Platz 2 im bundesweiten Vergleich. Der von der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ veranstaltete Wettbewerb prämiert jährlich „Orte“,

die in origineller Weise für das Gemeinwohl und Deutschland richtungsweisende Impulse setzen. Der Begriff „Orte“ bezeichnet Initiativen und Institutionen, öffentliche und private Einrichtungen, Forschungsinstitute, Unternehmen sowie soziale und kulturelle Projekte.

Weitere Informationen sowie eine Auflistung aller nominierten „365 Orte im Land der Ideen“ erhalten Sie unter www.land-der-ideen.de.



© NRW.INVEST/B. Petershagen

Verkehr im Überblick

Das Verkehrsinformationssystem www.autobahn.nrw.de ist ab sofort mit einer verbesserten Version online. Das Internetportal, betrieben vom Verkehrsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, bietet seinen Nutzern regelmäßig aktualisierte Informationen zur Verkehrslage und langfristige Prognosen für das gesamte Autobahnnetz in NRW. Die Prognosen zeigen die Verkehrslage der kommenden sieben Tage an, so dass Fahrer ihre Routen vorausschauend planen und stauträchtige Strecken umfahren können. Die Homepage steht neben Deutsch auch in den Sprachen Englisch, Französisch und Niederländisch zur Verfügung. Zusätzlich soll das System schon in Kürze für Pocket-PCs (PDA) zugänglich sein. Somit sind dann auch mobile Nutzer jederzeit über den aktuellsten Verkehrsstand auf nordrhein-westfälischen Straßen informiert.

Leuchtturm der Wissenschaft: Aachen

Mit dem Konzept einer integrierten, interdisziplinären Technik-Universität, konnte sich die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (RWTH) in der zweiten Runde der Exzellenzinitiative als Elite-Universität durchsetzen. Wie fünf weitere deutsche Universitäten erhält sie nun 21 Millionen Euro pro Jahr mehr für Lehre und Forschung. Nach Ansicht von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) zeigt die Auszeichnung, „dass der Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen national wie international zur Spitzengruppe zählt.“ Darüber hinaus bewilligte die Jury in zwei weiteren Förderlinien – der Graduiertenschulen und der Exzellenz-Clustern – 13 zusätzliche Projekte für NRW. Aachen überzeugte auch hier mit seinem Cluster „Maßgeschneiderte Kraftstoffe aus Biomasse“. Bund und Länder hatten im Juni 2005 die Vereinbarung zur Exzellenzinitiative beschlossen. Ziel ist es, den Forschungsstandort Deutschland international konkurrenzfähiger zu machen.

Tolerantestes Flächenland

In Punkto Toleranz belegt Nordrhein-Westfalen im bundesdeutschen Vergleich den vierten Platz hinter den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Die Forscher des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung bemaßen Ausländeranteile, fremdenfeindliche Gesinnung und Stimmenanteile rechtsextremer Parteien. Die Ergebnisse der Studie bescheinigen NRW damit ein großes Entwicklungspotenzial. Toleranz gilt als wichtiger

weicher Faktor für die Wirtschaftskraft einer Region. Denn erst ein tolerantes Umfeld schafft die Bedingungen dafür, dass sich Kreative und Qualifizierte ansiedeln. Sie wiederum sind Voraussetzung, um Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu generieren. NRW verbucht laut Studie derzeit 13,4 Prozent Hochqualifizierte und elf Prozent sogenannte Hochkreative.

Nordrhein-Westfalens Aufsteiger

Der Niedergang des Bergbaus und der Textilindustrie traf Landkreise wie Heinsberg und Kleve schwer. Dank Wirtschaftsförderung erzielen beide Kreise inzwischen Spitzenwerte im Wachstum.

Allein im Kreis Heinsberg verloren 7.000 Menschen ihren Arbeitsplatz, als die Textilfabrik im Stadtteil Oberbruch schloss. Als schließlich 1997 in der benachbarten Gemeinde Hückelhoven die Zeche „Sophia Jacoba“ ihren Betrieb einstellte, schien die Region wirtschaftlich am Ende. Doch inzwischen holen Kreise wie Heinsberg und Kleve wieder auf. Wie der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ ermittelte, wuchs die Zahl der Beschäftigten in Heinsberg zwischen 2000 und 2005 um 5,7 Prozent. Damit liegt der Kreis auf Platz eins beim Beschäftigungswachstum in NRW. Im gleichen Zeitraum wuchs im Kreis Kleve die Wirtschaftskraft um 12,5 Prozent. Damit steht der Kreis auf Platz drei in NRW: hinter

Dortmund und dem Rhein-Kreis Neuss. Die Region profitiert von einer innovativen Wirtschaftsförderung. Dr. Joachim Steiner, Wirtschafts-förderer des Kreises Heinsberg, setzte auf



Nicht nur der Flughafen Niederrhein bringt die Region wirtschaftlich auf Erfolgskurs.

Duisburg – Stahlstandort mit Zukunft

Durch starke Modernisierung und hohe Produktionszahlen ist Duisburg trotz Strukturwandel immer noch Stahlstandort Nummer 1 in Europa.

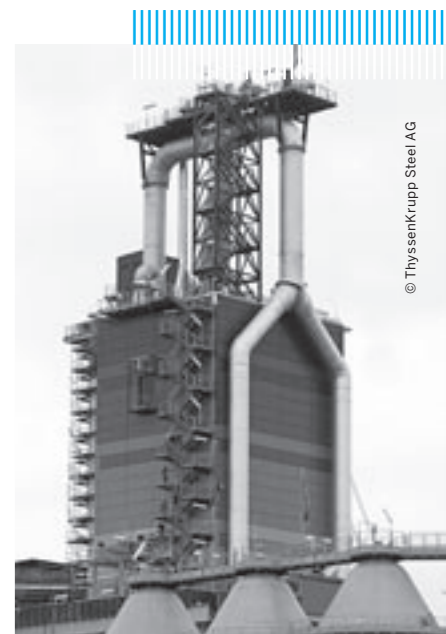
Seit mehr als einhundert Jahren gehören Stahl und Duisburg zusammen. Der anhaltende Strukturwandel schien die Bedeutung der Stahlindustrie zu schmälern, doch die Inbetriebnahme des neuen Hochofens 8 der ThyssenKrupp Steel AG im Dezember 2007 zeigt, dass die Traditionsbranchen Stahlproduktion und Metallverarbeitung in Duisburg auch weiterhin zukunftssträftig bleiben.

Mehr als 17 Millionen Tonnen Rohstahl produzieren jährlich alleine die beiden ansässigen Global Player ThyssenKrupp Steel AG und Krupp Mannesmann GmbH. Mit rund 24.000 Beschäftigten ist jeder sechste Arbeitnehmer in Duisburg in der Metallindustrie tätig. Der neue Hochofen sichert Duisburg und der umliegenden Region 4.800 Arbeitsplätze und steigert gleichzeitig mit der Erneuerung des Nachbarhochofens 9 die Produktivität um 28 Prozent. Die guten Aussichten der Stahlindustrie sind zum einen den Standortbedingungen zuzuschreiben. Duisburg bietet mit seiner Infrastruktur und der hohen Produktion an Rohstahl optimale Bedingungen für eine kostengünstige Versorgung aller nachfolgenden Prozessstufen des Rohstahls. Zum anderen trägt die vielseitige Verwendung des Materials zur positiven Entwicklung der Industrie bei. Kein anderer Werkstoff

niedrige Gewerbesteuern und die gute Anbindung an die Autobahn A 46, um Investoren anzulocken. „Besser viele kleine als wenige große. Das war uns ganz wichtig“, fasst Geschäftsführer Mario Goedhart von der IHK Zweigstelle Kleve das Engagement der Planer, Wirtschaftsförderer und Unternehmer zusammen.

Das Konzept ging auf. In Kleve entstand in einer ehemaligen Schuhfabrik ein Einkaufszentrum, das heute viele Besucher aus anderen Regionen anzieht. In der Nachbargemeinde Weeze eröffnete 2003 der Flughafen Niederrhein mit über einer halben Million Passagiere jährlich. In Heinsberg hat vor allem die Bauindustrie der Region einen wirtschaftlichen Aufschwung beschert. So übernahm der holländische Energiekonzern Nuon das Kraftwerk und die Kläranlage des ehemaligen Textilwerkes, sanierte sie, erschloss und verkaufte neue Flächen. Im neuen Industriepark haben sich heute 20 Unternehmen angesiedelt, darunter auch Hightech-Betriebe. Siemens prüft seit Ende der 90er Jahre in seinem Bahnprüfzentrum in Wildentrath Lokomotiven und Straßenbahnen. Der Düsseldorfer Verkaufssender QVC baute kurz nach der Jahrtausendwende ein großes Verteilungszentrum auf. Letztlich profitiert die Region von ihrer Nähe zu Holland, Düsseldorf und dem Rhein-Kreis Neuss, die verstärkt am Niederrhein Dienstleistungen und Produkte einkaufen.

wird in so verschiedenen Branchen eingesetzt. Stahl hat sich inzwischen zum High-Tech-Werkstoff entwickelt. Die ThyssenKrupp Steel AG spezialisierte sich in Duisburg unter anderem auf die Produktion von High-Tech Flachstahl. Darüber hinaus hat sich eine breite Forschungslandschaft im Bereich der Stahlforschung in Duisburg etabliert. Werkstoffe und ihre Gewinnung spielen in verschiedenen Fachbereichen der Universität Duisburg-Essen sowie in außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine wesentliche Rolle. Ihre Fachkompetenz ist regional und überregional anerkannt. Mit der Modernisierung der Stahlindustrie und einem bunten Mix weiterer zukunftssträftiger Branchen hat sich die fünftgrößte Stadt Nordrhein-Westfalens trotz oder gerade durch den Strukturwandel der Metropole Ruhr gut positioniert.



Der neue Hochofen 8 der ThyssenKrupp Steel AG steht für die Zukunft des Stahlstandortes Duisburg.

© ThyssenKrupp Steel AG

Gute Beschäftigungsprognose für NRW

Das Forschungsinstitut für Regional- und Clustermanagement rechnet für das Bundesland Nordrhein-Westfalen mit einem steigenden Beschäftigungswachstum bis zum Jahr 2011. Unternehmensnahe Dienstleistungen und das Gesundheitswesen werden zum Wachstumsmotor für Beschäftigung.

Welche Branchen schaffen in den nächsten Jahren besonders viele Arbeitsplätze? Welche Standorte sind besonders stark? Welche Auswirkungen hat die Clusterpolitik der jeweiligen Landesregierungen auf Wachstum und Beschäftigung? Diesen Fragen ging das Forschungsinstitut für Regional- und Clustermanagement an der privaten Hochschule BiTS in Iserlohn in Zusammenarbeit mit der FERi AG, einer Unternehmensgruppe für unter anderem Wirtschaftsforschung und Rating, für alle Kreise und kreisfreien Städte nach. Und die Prognosen für Nordrhein-Westfalen sind positiv. Bis zum Jahr 2011 werden in NRW über

165.000 Arbeitsplätze entstehen. Die Branchen mit dem stärksten Beschäftigungswachstum in NRW sind die unternehmensnahen Dienstleistungen mit 74.900 und das Gesundheitswesen mit 69.000 neu geschaffenen Arbeitsplätzen. Mit Abstand folgen die Herstellung von Metallerzeugnissen mit rund 15.400 neuen Beschäftigten, das Baugewerbe mit 14.000 Arbeitsstellen und die Softwarebranche, die für 11.800 neue Stellen sorgt. Besondere Wachstumstreiber sind laut den Experten die Industriestandorte. Die ersten acht Plätze der Top-Wachstumsstandorte belegen Städte. Eine Mischung aus Dienstleistung und technologieintensiven Industrien macht den „Treibsatz“ aus. An der Spitze liegen Aachen, Leverkusen, Essen, Solingen und Remscheid; gefolgt von Oberhausen, Münster und dem Ennepe-Ruhr-Kreis. Auch die Clusterpolitik des Landes NRW nahmen die Forscher unter die Lupe. Ihre Ergebnisse belegen, dass eindeutige Wachstumseffekte durch die



Unternehmensnahe Dienstleistungen werden bis 2011 wichtigster Beschäftigungsmotor in NRW.

Clusterpolitik erzielt werden konnten: Mit rund 80.000 Arbeitsplätzen in der kunststoffverarbeitenden Industrie liegt Nordrhein-Westfalen an der Spitze der Bundesländer. Dabei verlief die Entwicklung der Kompetenzstandorte doppelt so gut wie die der Nicht-Kompetenzstandorte. Topstandort für die Kunststoffbranche ist der Oberbergische Kreis. Ein ähnlich positives Bild ergibt sich bei der Branche der Herstellung von Metallerzeugnissen. Auch hier nimmt NRW mit mehr als 210.000 Beschäftigten den ersten Platz bei den Bundesländern ein. Die Kompetenzstandorte entwickeln sich in diesem Bereich sogar mehr als doppelt so gut wie die Nicht-Kompetenzstandorte.

Zukunftskonzept für das Ruhrgebiet

Mit einem Zukunftsvertrag wollen führende Unternehmen aus dem Ruhrgebiet dem Strukturwandel in der Region auf die Sprünge helfen. Auch wenn der ehemalige Kohlenpott in den letzten dreißig Jahren enorme strukturelle Anstrengungen unternommen hat, zeigen wesentliche Indikatoren immer noch Defizite auf. Hier will der Initiativkreis Ruhrgebiet nun mit konkreten Maßnahmen gegensteuern.

Eine im Auftrag des Initiativkreises Ruhrgebiet durchgeführte Analyse von Beratern und Forschern kommt zu einem klaren Ergebnis: Um wettbewerbsfähig zu bleiben, muss die Region jünger und „unternehmerischer“ werden. Mehr Bildung, Innovation und Kultur sollen im Ruhrgebiet angestoßen werden. Um zu gewährleisten, dass diese Visionen keine Illusion bleibt, verpflichten sich die Unternehmen im Initiativkreis Ruhrgebiet zu einer aktiven Unterstützung einer Reihe von konkreten Projekten. Im Rahmen des Strategiepapiers ContractFuture Ruhr 2030 fordert der Initiativkreis eine neue Bildungs- und Innovationsoffensive. So soll eine technische Leistungselite durch den Ausbau der ingenieurs- und naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Hochschulen geschaffen werden. Zugleich fordert die Ruhrwirtschaft internationale Schulen und eine Internationalisierung der vorhandenen Bildungseinrichtungen am Standort. Um einen

eigenen Beitrag zu leisten, verpflichteten sich die Unternehmen, zukünftig ihre Aufgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) deutlich auszubauen. Der Initiativkreis will verstärkt F&E-Gelder ins Ruhrgebiet ziehen. Ziel ist die Schaffung eines „Meta-Clusters“, in dem Forschung, Entwicklung und Produktion Spitzenleistungen im internationalen Wettbewerb erbringen können. Neben allen wirtschaftlichen Handlungsfeldern spielt Kultur als Standortfaktor für das Ruhrgebiet eine wichtige Rolle. Auf die Ereignisse im Rahmen der Kulturhauptstadt Europas Essen 2010 sollen weitere Großereignisse folgen, um den Ruf der Region zu stärken. Und zu guter Letzt setzt die Initiative auf ein verstärktes Regionalmarketing durch die regionale Wirtschaftsförderung. Anstatt getrennt auf kommunaler Ebene zu agieren, sollen Städte und Kommunen auf regionaler Ebene an einem Strang ziehen. Die Ruhrkreisinitiative strebt hier ein übergreifendes Marketingkonzept für das Ruhrgebiet an.



Der Gasometer in Oberhausen steht für den Strukturwandel in der Region.

Wettbewerb der Rechtsformen

GmbH, Limited oder Mini-GmbH? Noch in der ersten Jahreshälfte 2008 wird das neue GmbH-Gesetz in Kraft treten. Es soll die Gründung einer Gesellschaft mit Haftungsbeschränkung wesentlich vereinfachen und beschleunigen. Unternehmer haben die Wahl zwischen EU-Rechtsformen wie der britischen Limited und der reformierten deutschen GmbH. Eine Mini-GmbH ermöglicht Kleinunternehmern sogar die Gründung einer GmbH ohne Stammkapital.

Die GmbH ist die beliebteste Gesellschaftsform in Deutschland – über 900.000 GmbHs gibt es. Doch seitdem im Rahmen der europäischen Einigung die Freizügigkeit der Rechtsformen herrscht, können Unternehmer in Deutschland zwischen 27 in der EU gebräuchlichen Rechtsformen wählen. Diesen Wettbewerb schien bislang die britische Limited (Private Company Limited by Shares) klar für sich zu entscheiden. Ende 2006 schätzte Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), die Anzahl der Limiteds hierzulande auf 40.000. Ihr Vorteil gegenüber der „alten“ GmbH: sie bietet Haftungsbeschränkung ohne Kapitaleinsatz und verspricht eine einfachere Handhabung. Mit der Reform beabsichtigt die Bundesregierung, die Wettbewerbsfähigkeit der Rechtsform der GmbH international zu steigern. „Die Gründung von GmbHs wird deutlich leichter und schneller möglich sein“, erläutert Bundesjustizministerin Brigitte Zypries. Vor allem wird die Gründung billiger. Auf 10.000 Euro sinkt die Mindesteinlage, das ist europäischer Durchschnitt. Wer den mit dem Gesetz gelieferten Mustergesellschaftsvertrag sowie das Muster für

die Handelsregistereintragung nutzt, spart die Gebühren für die rechtliche Beratung. Statt 500 bis 800 Euro, die für die Anmeldegebühr und das Notarhonorar anfallen, kostet eine GmbH-Gründung dann 250 Euro. Das kommt vor allem Kleinbetrieben entgegen. Auch eine Gründung ohne Startkapital ist möglich. Die Mini-GmbH heißt dann „Unternehmensgesellschaft (haftungsbeschränkt)“. Diese muss ein Viertel ihrer Gewinne zurückstellen, bis sie die Mindesteinlage der GmbH erreicht hat, also 10.000 Euro. Neben der Vereinfachung der GmbH-Gründung will die Bundesregierung mit der Reform auch dem Missbrauch der Haftungsbeschränkung Einhalt gebieten. Maßnahmen wie die Verpflichtung der Gesellschafter zur Insolvenzmeldung in bestimmten Fällen und das Gebot, eine deutsche Anschrift eintragen zu lassen, sollen Vertrauen stiften in die GmbH. Trotz der Skepsis einiger Experten gegenüber der Mini-GmbH begrüßen die meisten Wirtschaftsverbände die Reform. Sie bieten endlich eine Alternative für alle, die bislang in Deutschland eine britische Limited gegründet haben.

Das ändert sich durch die Reform der GmbH

Mindestkapital

Für die Gründung einer GmbH müssen die Gesellschafter nur noch 10.000 Euro als Stammkapital einbringen, früher waren es 25.000 Euro. Die Mini-GmbH kann sogar ohne Kapital starten. Sie trägt dann den Zusatz „Unternehmensgesellschaft (UG) (haftungsbeschränkt)“ statt „GmbH“. Jedoch muss die Mini-GmbH ein Viertel des Jahresüberschusses in eine Rücklage einstellen. Wenn die Mini-GmbH 10.000 Euro gespart hat, kann sie in eine GmbH umgewandelt werden.

Mustergesellschaftsvertrag und „Gründungs-Set“

Verwenden Gründer den Mustervertrag, entfällt die notarielle Beurkundung. Dann müssen nur noch die Vertragsunterschriften notariell beglaubigt werden. Das Gründungs-Set enthält zudem auch ein Muster für die Handelsregisteranmeldung.

Beschleunigte Eintragung im Handelsregister

Besonders für genehmigungspflichtige Gewerbe beschleunigt sich die Gründung einer GmbH, da das Genehmigungsverfahren von der GmbH-Gründung entkoppelt wird.

Übertragung von Geschäftsanteilen

Künftig können Gesellschafter individueller über die Höhe ihrer Stammeinlagen bestimmen und diese leichter

aufteilen, zusammenlegen oder an einen Dritten übertragen. Jeder Geschäftsanteil muss nur noch auf einen Betrag von mindestens einem Euro lauten.

Sitz im Ausland

Die GmbH kann ihren Sitz ins Ausland verlegen, ohne aus dem Handelsregister gestrichen zu werden und so den Haftungsschutz zu verlieren.

Gesellschafterliste

Die Gesellschafterliste bringt mehr Transparenz und Sicherheit für Geschäftspartner und Käufer von GmbH-Anteilen. Nur wer auf der Liste steht, gilt als Gesellschafter.

Gesellschafterdarlehen

Mit dem neuen Gesetz werden Gesellschafterdarlehen wie Eigenkapital behandelt. Im Insolvenzfall steht das Kapital hinter allen anderen Gläubigern zurück.

Kundenschutz

Die GmbH muss, auch wenn sie im Ausland sitzt, eine deutsche Geschäftsanschrift im Handelsregister eintragen lassen. Auch Gesellschafter von führungslosen GmbHs sind in Zukunft verpflichtet, bei Überschuldung Insolvenz zu beantragen.



Nicht nur der Duisburger Gewerbeflächenmarkt verzeichnete 2007 einen deutlichen Umsatzzuwachs.

NRW-Gewerbeflächenmarkt im Auftrieb

Der Verkauf von Gewerbeflächen und -immobilien verzeichnete 2006 eine deutliche Umsatzsteigerung. Auch der Mietmarkt für Büro- und Ladenflächen konsolidierte sich.

Im Jahr 2006 stiegen in ganz Nordrhein-Westfalen die Verkaufszahlen von Gewerbeflächen. Zu diesem Schluss kommt der vom Oberen Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Land Nordrhein-Westfalen vorgelegte Grundstücksmarktbericht. Demnach verkauften sich vor allem bebaute Grundstücke besser als im Vorjahr. Der Absatz von Büro-, Verwaltungs- und Geschäftshäusern wuchs um 182 Prozent auf 6,97 Milliarden Euro. Insgesamt 1.660 Büroimmobilien wurden 2006 verkauft. Den Großteil des Umsatzes erwirtschafteten die Anbieter in

kreisfreien Städten. Die Verkaufszahlen von Gewerbe- und Industrieimmobilien kletterten um 16 Prozent auf 1.069 Objekte. Der Umsatz stieg dabei um 71 Prozent auf 3,08 Milliarden Euro. Der Absatz von gewerblichen Bauflächen stieg im Vergleich zu den Immobilien weniger stark. Im Landesdurchschnitt stieg die Zahl der Verkäufe um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr, insgesamt waren es 1.410 Flächen. Die Anbieter verkauften eine Gesamtfläche von 870 Hektar, ihr Umsatz betrug 416 Millionen Euro. Dieser Anstieg bestätigt zumindest die Trendwende beim

Verkauf von gewerblichen Bauflächen. Vom Jahr 2000 an waren die Absatzzahlen rückläufig, erst seit 2005 wächst der Markt wieder.

Auch der Mietmarkt für Gewerbeimmobilien hat sich konsolidiert. Das geht aus dem Preisspiegel NRW-Gewerbeimmobilienmarkt 2007 des Immobilienverbandes Deutschland (IVD) hervor. Nach fünf mageren Jahren sind die Mieten für Büros und insbesondere Ladenlokale 2006 teilweise wieder gestiegen. Das gilt vor allem für die Ballungszentren Dortmund, Düsseldorf und Duisburg. Das Wirtschaftswachstum und die sinkende Arbeitslosigkeit wirkten sich auf die Nachfrage am Immobilienmarkt mit Verzögerung aus, erläutert der IVD in seiner Studie. Daher werden sich die positiven Wirtschaftsdaten erst in ein, zwei Jahren nachhaltig auf dem Mietmarkt niederschlagen.

Am teuersten sind moderne Büros in guter Lage nach wie vor in Düsseldorf. Dort zahlen Mieter 16,50 Euro Nettokaltmiete, das ist eine Steigerung um zehn Prozent. In Köln blieben die Preise für entsprechende Büroflächen mit 15 Euro stabil, in Bochum sanken sie zum Beispiel um drei Prozent auf 6,80 Euro. Der Grundstücksmarktbericht 2007 kann unter der Adresse www.boris.nrw.de heruntergeladen werden. Der Preisspiegel NRW-Gewerbeimmobilienmarkt 2007 ist über den Immobilienverband Deutschland, Region West, zu beziehen (www.ivd-west.net).

NRW.INVEST verstärkt Aktivitäten in Indien

Seit 2007 wirbt NRW.INVEST in Indien Investoren für den Wirtschaftsstandort NRW. Mit einem Vertreter in Mumbai und einem Repräsentanten in Pune ist NRW.INVEST in Indien seit Sommer 2007 präsent.

Indien gilt derzeit neben China als der Wachstumsmarkt der Zukunft. Viele indische Großkonzerne aber auch zunehmend mittelständische Unternehmen folgen der Vision einer weltweiten Wachstumsstrategie. Standorte und Investitionen, insbesondere in Europa, sind dabei besonders gefragt.

Um diesen Markt für Nordrhein-Westfalen zu erschließen, ist NRW.INVEST seit 2007 mit lokalen Partnern vor Ort. Mit individuellen Beratungs- und Dienstleistungsangeboten wollen die Wirtschaftsexperten indische Unternehmen vom Standort NRW überzeugen. Dabei setzt NRW.INVEST auf Branchenkompetenz und lokales Know-how von Markt und Leuten.

In Pune, Fünfmillionenstadt und eines der aufstrebenden Industriezentren des Landes, konzentriert sich NRW.INVEST vor allem auf die Fahrzeugindustrie, die Softwareentwicklung, den Pharmasektor sowie die Metallbearbeitungs- und Maschinenbauindustrie. Als erfahrener Industriemanager wirbt NRW.INVEST-Repräsentant Golak Misra bei indischen Unternehmen mit den Wachstumschancen dieser Branchen in NRW. In Mumbai unterstützt der strategische IT Berater Shreeram Iyer vor allem beim Zugang zur NRW-IT- und Telekommunikationsindustrie. Die Kontaktdaten der NRW.INVEST Außenbüros in Pune und Mumbai finden Sie unter: www.nrwinvest.com

Ökosteuern – Ungenutzte Sparpotenziale für Unternehmen

Viele Unternehmen nutzen bereits die Möglichkeit, steuerbegünstigten Strom zu beziehen. Was viele nicht wissen ist, dass auch für Heizöl, Erd- und Flüssiggas Steuererstattungen geltend gemacht werden können.

Checkliste Rückerstattung Ökosteuern

- Analyse Verbrauch von Strom, Heizöl und Gas pro Jahr
- Prüfung Voraussetzungen für die Beantragung eines Erlaubnisscheines (Jahresabnahmemenge von Strom > 25.000 kWh)
- Nachweis der Zugehörigkeit zum produzierenden Gewerbe
- Berechnung möglicher Vergütungen: Ermäßigung Heizöl, Flüssig- bzw. Erdgas, Spitzenausgleich
- Anfordern / Download entsprechender Formulare beim Hauptzollamt (Formularcenter unter www.zoll.de)
- Kontaktaufnahme mit den Energieversorgern zur Belieferung mit dem ermäßigten Stromsteuersatz (Abgabe des Erlaubnisscheines)

Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe haben häufig einen aufwendigen Energieverbrauch und so zwangsläufig höhere Produktionskosten. Besonders Strom- und Energiesteuer schlagen hier kräftig zu Buche. Ein Großteil der Ökosteuern lässt sich aber zurückholen. Ermäßigungs- bzw. erstattungsberechtigt sind alle Unternehmen, die überwiegend dem produzierenden Gewerbe angehören. Dienst-

leistungs- und Handelsunternehmen hingegen können keine Vergünstigungen der Ökosteuern geltend machen. Voraussetzung für den Bezug von steuerbegünstigtem Strom ist ein jährlicher Mindestverbrauch von 25.000 Kilowatt-Stunden. Hierfür müssen Unternehmen einen Erlaubnisschein zum Bezug von steuerbegünstigtem Strom beim Hauptzollamt beantragen. Für Inhaber eines solchen Erlaubnisscheines gilt ein ermäßigter Steuersatz von 60 Prozent für den Verbrauch, der den Sockelbetrag von 512,50 Euro zu zahlender Ökosteuern pro Jahr übersteigt (25.000 kWh). Stromlieferanten berechnen steuerbegünstigten Unternehmen direkt den reduzierten Tarif von 1,23 Cent pro kWh Strom anstelle der sonst üblichen 2,05 Cent. Der Sockelbetrag muss dann allerdings entsprechend nachversteuert werden. Das heißt, für den Mindestverbrauch müssen Unternehmen noch den Satz von 2,05 Cent pro kWh leisten. Der Erlaubnisschein zum Bezug von steuerbegünstigtem Strom ist zudem Voraussetzung für die Unternehmen, um beim Hauptzollamt auch weitere Steuerermäßigungen zu beantragen. Überschreiten Unternehmen den Sockelbetrag bei Gas- oder Heizölverbrauch – beispielsweise bei leichtem Heizöl von 25.000 Litern – kann hier ebenfalls eine Steuerermäßigung von 40 Prozent geltend gemacht werden. Bei der Ökosteuern auf Energieprodukte wie Gas oder Öl wird die Steuerermäßigung nicht wie bei der Stromsteuer direkt vom Lieferanten abgezogen, sondern nachträglich durch einen

Antrag auf Vergütung erreicht. Eine weitere Möglichkeit, Kosten zu reduzieren, besteht für energieintensive Unternehmen im so genannten Spitzenausgleich. Dieser ist an die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge gekoppelt. Zahlt ein Unternehmen mehr Ökosteuern, als die Entlastung durch die gesenkten Arbeitgeberanteile der Rentenversicherungsbeiträge ausmacht, kann der Spitzenausgleich ebenfalls beim Hauptzollamt beantragt werden.

Wie berechnet man die Vergütungsansprüche?

Wenn im Vorjahr noch kein reduzierter Steuertarif für Strom beantragt wurde, reduziert man die gezahlte Stromsteuer um 40 Prozent. Dasselbe gilt für die Steuerbelastung durch verheiztes Öl oder Gas. Beide Beträge werden summiert. Zum Vergleich muss die Rentenversicherungsentlastung des Unternehmens seit Einführung der Ökosteuern berechnet werden (sozialversicherungspflichtige Lohnsumme x 0,4 %). Eine resultierende Nettobelastung wird zu 95 Prozent erstattet oder vergütet.

Tipp: Möchte man die Vergütungsansprüche nicht selbst errechnen, bietet der DIHK ein Berechnungsmodul zur Ökosteuern (www.dihk.de → Recht und Fairplay → Steuerrecht → Ökosteuern). In dieses Modul gibt man seine Verbrauchsdaten ein. Zur Hand haben sollte man die Verbrauchsmengen für Strom, Gas, Öl und die Bruttolohnsumme. Das Programm errechnet mit diesen Daten den Entlastungsanspruch.

Bis wann muss die Ökosteuernermäßigung beantragt werden?

Die Steuererstattung muss immer bis zum 31. Dezember des folgenden Kalenderjahres beantragt werden. Das Hauptzollamt kann allerdings von dem 12-monatigen Vergütungszeitraum abweichen und auf Antrag auch vierteljährliche oder monatliche Anträge zulassen.

Richtfest für die NRW-Zentrale von Microsoft

Das futuristisch anmutende Bauwerk RheinauArtOffice feierte am 15. November Richtfest im Kölner Rheinauhafen. Ab August 2008 werden knapp 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Softwarekonzerns Microsoft das Gebäude beziehen. Microsoft entschied sich unter Hunderten Angeboten für das Bauprojekt, weil das Konzept überzeugte. Der Standort ist sehr gut angebunden, der futuristische Baukörper bietet eine flexible und wirtschaftliche Nutzung. Das Projekt um den IT-Riesen belebt bereits jetzt den wirtschaftlichen Motor der Domstadt. Die Stadt Köln und Microsoft erwarten, dass sich weitere Microsoft-Partnerfirmen im Kölner „Silicon Valley“ niederlassen. Mittelfristig rechnet der Konzern mit bis zu 500 neuen Arbeitsplätzen im eigenen Unternehmen und bei seinen Partnern. Wirtschaftsdezernent Dr. Norbert Walter-Borjans kalkuliert sogar für jeden Arbeitsplatz bei Microsoft drei bis vier neue für das nähere Umfeld ein. Köln gehört schon jetzt zu den führenden Städten der IT-Branche. Namhafte Unternehmen wie IBM, SQS und GOS beschäftigen rund um die Rheinmetropole an die 20 000 Arbeitnehmer.

Erfolgreiche Ansiedlung der Admiral Group plc

Der drittgrößte britische Kfz-Direktversicherer Admiral Group hat in Köln seine Deutschlandzentrale eröffnet. Das Unternehmen beschäftigt derzeit 75 Mitarbeiter am Standort. Mittelfristig sollen 120 Arbeitsplätze entstehen. Das Unternehmen wird seit Juli 2006 von der NRW.INVEST betreut. Köln hat sich gegen mehrere andere deutsche Standorte durchgesetzt. „Maßgeblich für unsere Entscheidung für Köln war letztendlich die Tatsache, dass hier ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte mit hervorragenden Kenntnissen der Versicherungswirtschaft zu finden sind“, unterstreicht Henry Engelhardt, CEO der Admiral Group. Die Gesellschaft, die 1993 ursprünglich mit 50 Mitarbeitern in Cardiff startete, beschäftigt heute mehr als 2.300 Mitarbeiter, hat mehr als 1.400.000 Versicherte in Europa und erzielte 2006 einen Umsatz von circa einer Milliarde Euro.

Düsseldorf – Neue Heimat für polnische Bürger

In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Polen, die in Düsseldorf leben, verdoppelt. Heute nennen mehr als 6.000 polnische Bürger die Landeshauptstadt ihr Zuhause. Rund 200 Unternehmen mit polnischer Beteiligung gibt es in NRW. Überwiegend in den Branchen Großhandel, Bau und Dienstleistung tätig, beschäftigen sie an die 3.000 Mitarbeiter. Auch hier ist der Standort Düsseldorf besonders beliebt. Mehr als 50 Prozent der Firmen aus Polen haben ihren Sitz ins Rheinland gelegt. Neben wirtschaftlichen Gründen spielen auch weiche Faktoren eine große Rolle für die rasant gestiegene Zahl polnischer Bürger in Düsseldorf. „Polen fühlen sich hier in der Stadt dazugehörig. Sie können sich einbringen“, erklärt Anna Brzozowska, Leiterin des Polnischen Instituts. Mit polnischen Supermärkten, Restaurants und Gottesdiensten haben sich die in Düsseldorf lebenden Polen mittlerweile auch eine gute Infrastruktur geschaffen.

Wincanton eröffnet neuen Standort in Krefeld

Das Logistikunternehmen Wincanton plc. eröffnet im ProLogis Park Krefeld mit über 40 neuen Arbeitsplätzen seinen Standort für Logistik und Verwaltung. Auf insgesamt 7.600 Quadratmetern Logistik- und 600 Quadratmetern Büroflächen werden neben Lagerung und Umschlag zahlreiche Mehrwertleistungen von Kommissionierung bis hin zu Softwarebetankung erbracht. Laut Karl Nutzinger, Vorsitzender der Geschäftsführung des britischen Unternehmens, war ein wichtiges Entscheidungskriterium für Krefeld, dass der Standort den strengen Sicherheitsanforderungen von Wincanton entspricht, da von Krefeld aus hauptsächlich Hightech-Kunden in der Region bedient werden sollen.

Herausgeber

NRW.INVEST GmbH
Economic Development Agency of the
Federal State of Nordrhein-Westfalen (NRW)
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf, Germany
Phone +49 (0)211 130 00 0
Fax +49 (0)211 130 00 154

E-Mail nrw@nrwinvest.com
www.nrwinvest.com

Verantwortlich (v.i.S.d.P.)

Anja Kühlkamp
Bereichsleiterin Marketing
Titel © NRW.INVEST/B.Petershagen

Redaktion, Gestaltung und Produktion

DIE PR-BERATER GmbH
Goltsteinstraße 28–30
50968 Köln
E-Mail info@dieprberater.de

Chefredaktion
Thomas Müller